Rheinland-Pfalz 14.03.2017

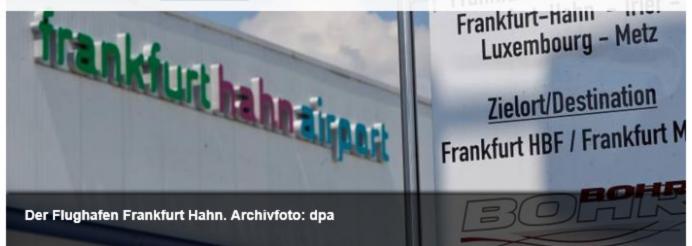
Der Flughafen Hahn wird das Land Rheinland-Pfalz noch zig Millionen Euro kosten

Von Markus Lachmann

HAHN - Der Flughafen Hahn ist verkauft. Fast. Denn zunächst müssen EU-Kommission und Landtag zustimmen. Auch der Verkauf der hessischen Anteile ist noch nicht in trockenen Tüchern. Dieser Zeitung liegt der rheinland-pfälzische Gesetzentwurf für den Verkauf des Hahns vor. Das noch vertrauliche Papier wird am Dienstag im Ministerrat und dann im Landtag beraten - voraussichtlich wird es vor Ostern verabschiedet.



te verwendet Cookies, um Dienste bereitzustellen, Anzeigen zu personalisieren und Zugriffe zu analysieren. Informationen darüber, eser Webseite stimmen Sie der Cookie-Nutzung zu.



Es geht es um zwei Verträge – den Vertrag, mit dem die 82,5 Prozent rheinland-pfälzische Anteile an die chinesische HNA Airport Group GmbH verkauft werden ("Anteilskaufvertrag") und einen Vertrag, mit dem HNA die Option zum Kauf von Grundstücken hat ("Optionsvertrag"). Demnach haben die Chinesen drei Jahre lang die Möglichkeit, sogenannte landseitige Grundstücke vom Landesbetrieb LBB so wie der EGH-Entwicklungsgesellschaft Hahn mbh zu kaufen. Der LBB hatte 2014 die Flughafen-Grundstücke "vorsorglich" mit Blick auf den Verkaufsprozess erworben. Dieses Optionsrecht können die Chinesen auch an die Flughafen Hahn GmbH oder deren Gesellschafter abtreten. Der Grundstücksvertrag kann nur dann vollzogen werden, wenn auch die Anteile endgültig verkauft sind, was wohl Anfang Mai der Fall sein wird.

WEITERE MELDUNGEN

- → Verkauf des Flughafen Hahn: Laut Dreyer wird es "sehr zeitnah zur Unterzeichnung kommen"
- → Verkauf des Flughafen Hahn geht überwiesen
- → Wie geht es mit dem Flughafen Hahn weiter? Über den Verkauf, die Planungen und Steuergeld
- → Sicherheit der Jobs am Flughafen Hahn länger ungewiss

Die EU, die ab 2024 schwarze Zahlen für den Flughafen vorschreibt, billigt dem Land Rheinland-Pfalz zu, bis zu diesem Datum weitere Beihilfen an den Airport zu zahlen. Sie sind im Anteilskaufvertrag festgehalten. So darf das Land Sicherheitskosten (Brandschutz, Rettungsdienst) von bis zu 27 Millionen Euro sowie Betriebsbeihilfen von 25,3 Millionen Euro erstatten. Zudem darf es Zuschüsse zu Infrastrukturinvestitionen von bis zu 22,6 Millionen Euro gewähren.

Absicherung für den Käufer

Gegenstand des Vertrags sind auch diverse Garantien und Freistellungen zugunsten der Chinesen, wobei das

Land hier maximal mit fünf Millionen Euro haftet. Es geht etwa darum, dass die Angaben zu Jahresabschlüssen und unbelastetem Eigentum des Flughafens stimmen. Der Käufer sichert sich ab, dass er nicht durch einen unerlaubten Wertabfluss (ab Januar 2016) in die Röhre schaut. Auch ist er von Steuern und Sozialabgaben bis Ende 2016 freigestellt. Schließlich werden ihm die Kosten für die Mitgliedschaft im Zweckverband Flughafen Hahn erlassen.

In langen Passagen geht es um die Frage möglicher Altlasten, wenn am Flughafen gebaut oder renoviert wird. Das Land stellt die neuen Eigentümer 30 Jahre von Kosten bis zu 25 Millionen Euro frei. Bevor das Land zahlt, muss allerdings die Flughafen Hahn GmbH auf ihre Altlastenrückstellungen von 2,7 Millionen Euro zurückgreifen. Bei jeder von einer Behörde angeordneten Sanierung müssen die Chinesen zudem zehn Prozent der Kosten selbst tragen.

Wie es heißt, geht die SGD Nord für die Flächen (ohne die vom LBB gekauften Grundstücke) von Sanierungskosten von sechs Millionen Euro aus. So wurden um den Flughafen herum hohe Verunreinigungen mit perfluorierten Tensiden (PFT) festgestellt, die wohl aus Löschmittel stammen. Zwei Millionen Euro für Altlasten und die Freistellung vom Zweckverband wurden im aktuellen Haushalt vermerkt.